

Wien, am Freitag, den 8. Februar 1929 Zweite Ausgabe

W I E N E R L A N D T A G

Sitzung vom 8. Februar 1929.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet die Sitzung um 4'40 Uhr.

Die beiden Beratungsgegenstände in der heutigen Landtagssitzung bilden der Rechnungsabschluss des Wiener Fortbildungsschulrates vom Jahr 1927 und der Voranschlag des Wiener Fortbildungsschulfonds für das Jahr 1929. Die beiden Gegenstände werden unter einem verhandelt.

Berichterstatler Täubler stellt zunächst fest, dass die Ueberschreitung von etwa 82.000 Schilling die sich im Rechnungsabschluss pro 1927 gegenüber dem Voranschlag ergibt auf den Mehraufwendungen zurückzuführen sind die zur Beförderung des freiwilligen Abbaues von Lehrpersonen gemacht werden mussten. Ein Abbau von Lehrpersonen war infolge des Schülerrückganges notwendig. Die Mindereinnahmen aus den Umlagen der Gewerbetreibenden konnten aus den Netvorräten der früheren Jahre gedeckt werden, sodass eine Mehrbelastung der Gewerbetreibenden nicht eintritt. Der Voranschlag für das Jahr 1929 weist eine Erhöhung gegenüber den früheren Voranschlägen auf, die notwendig ist infolge der Regulierung der Bezüge der Angestellten und der Lehrer, infolge der Errichtung der neuen Gärtnererschule, infolge der Erhöhung der Post Ausbildungskurse für arbeitslose Gehilfen. Der Berichterstatter verweist sodann auf den von Jahr zu Jahr fortschreitenden Rückgang der Schülerzahl an den Fortbildungsschulen der sich aus dem Niedergang einzelner Gewerbebezüge erklärt. So ist das Huf- und Wagenschmiedgewerbe, das Riemen- und Sattlergewerbe infolge der Entwicklung der Automobilindustrie zurückgegangen, das Schuhmachergewerbe wird allmählich durch die fabrikmässigen Betriebe verdrängt. Ähnlich ist die Entwicklung bei den Kleidermachern. In diesem Zusammenhang nimmt der Berichterstatter Stellung gegen die in der Öffentlichkeit verbreiteten Gerüchte dass ein Flugblatt über Vorhaltungsmethoden unter Mitwirkung der Schulbehörden an den Schulen verteilt worden sei und stellt fest, dass dieses Flugblatt von der Schneidergenossenschaft selbst gedruckt wurde und dass sowohl von den Schulleitern wie von den Schullehrern dieses Flugblatt konfisziert worden ist, da die Verbreitung von Flugschriften in den Fortbildungsschulen grundsätzlich verboten ist (Widerspruch bei der Minderheit). Es liegt hier nicht das geringste Verschulden irgend einer Lehrperson vor. Der Berichterstatter ersucht schliesslich den Rechnungsabschluss zu genehmigen (Minderheit).

Abg. Rummelhardt (E.L.) weist zunächst die merkwürdige Art der Berichterstattung des Referenten zurück, der polemisiert habe, ohne irgend eine Behauptung aufgestellt oder irgend ein Vorwurf erhoben worden sei. Er stellt sodann fest, dass der Hauptgrund für den Rückgang der Lehrlingszahl darin liegt, dass sich die Meister infolge der ständigen Querelen der sozialdemokratischen Lehrlings- und politischen Organisationen als Lehrlingsausbildner nicht mehr hergeben wollen. Das ist ausserordentlich zu bedauern. Die Meister sollen für das gewerbliche Fortbildungsschulwesen nur zahlen. 55 Prozent fällt ihnen zur Last und nur 45 Prozent zahlt die Gemeinde die sich infolge der ungerechten Zusammensetzung des Fortbildungsschulrates durch die vier vom Stadtrat, die drei vom Stadtschulrat entsandten Mitglieder, durch den Magistratsvertreter und die zwei Vertreter der Lehrer eine Majorität sichert. Dagegen hat man den Gewerkschaftsinstruktor, von dem man annehmen musste, dass er bürgerlicher Gesinnung sei, bisher nicht einberufen (Hört! Hört bei der Minderheit). Sowohl die Art der Verteilung der Kurialbeiträge wie die Zusammensetzung des Fortbildungsschulrates macht es unmöglich, dass der Fortbildungsschulrat in dieser Form weiter bestehen kann. Wir verlangen die höchste Unterbreitung einer Vorlage, durch welche die Leistungen und Rechte gleichmässig verteilt werden und wir erheben gegen die Majorität die Anklage, dass das Gesetz bisher noch nicht geändert wurde obwohl sowohl die Minorität wie die Gewerbeschaftsverbände seine Abänderung verlangt und selbst Mitglieder der Majorität erklärt haben, dass das Gesetz in der Form nicht zu halten sei. Obwohl die Zahl der Lehrlinge ständig zurückgeht, steigen die Ausgaben von Jahr zu Jahr, trotzdem die Schulen fachlich fertig organisiert sind. Interessant ist auch die Schwankung des Gebärungsabganges in den einzelnen Jahren. Während er 1925 rund 267.900 Schilling betrug, stieg er im Jahre 1926 auf 1.043.800 Schilling und fiel im Jahre 1927 wieder auf 253.316 Schilling zurück. Diese schwankende Bewegung des Gebärungsabganges lässt den Schluss zu, dass nicht gewissenhaft präliminiert wurde, obwohl der Veranschlag hinsichtlich der Höhe der Beiträge der Gewerbetreibenden von grösster Bedeutung ist. Der Redner tadelt dann, dass Amtsdirektor Täubler selbstherrlich schaltet und waltet und dass beim Fortbildungsschulrat nur waschechte Sozialdemokraten angestellt werden. Die Täublerwirtschaft schreit schon zum Himmel und sie findet auch schon in den weitesten Kreisen der Bevölkerung die allerschärfste Kritik, da unter Ihrer Herrschaft die Fortbildungsschulen zu Stätten der Verführung der Jugend geworden sind. Stadtrat Rummelhardt kommt dann auf die Verteilung des Flugblattes "Der Volksarzt" des Kleinen Blattes zu sprechen und erklärt, dass aus einem amtlichen Polizei-

protokoll zu ersehen ist, dass das Flugblatt mit dem Aufsatz über die "Schutzmassnahmen" auf allen Schulbänken aufgelegt ist. (Erregte Rufe bei der Minderheit: Das ist ein Skandal!) Es ist unmöglich, dass das die Lehrer nicht bemerkt haben. In dem Aufsatz werden die Mittel zur Verhütung der Schangerschaft angegeben. Wenn Sie das für die Schulen gut heissen, dann müssen Sie sich wirklich schämen. (Abg. Jonschik: Das Kleine Blatt hat eine Auflage von 163.000) Dann ist es erst recht ein Verbrechen, wenn Sie nicht die Grenzen einhalten, die Sitte und Anstand halbwegs erfordern. Der Fortbildungsschulrat betreibt aber auch sexuelle Aufklärung im eigenen Wirkungskreis. In seiner Bibliothek hat er für die Schüler ein Buch Flauberts das "November" heisst und ein Roman voller Perversitäten ist. Auch die Illustrationen dazu sind sehr geschmacklos. Durch solche Bücher kann die Jugend nicht zu aufrechten Menschen erzogen werden; der, der ein solches Buch der Jugend in die Hand gibt, ist ein Jugendverderber. Ueber die Verteilung des Flugblattes hat es im Fortbildungsschulrat eine scharfe Debatte gegeben. Die Genossenschaft der Kleidermacher hat mit ihrer Beschwerde recht gehabt (Abg. Beisser: Im Fortbildungsschulrat haben Sie das Vorgehen der Genossenschaft bedauert!) Nicht ganz mit Unrecht hat die Genossenschaft die Lehrer dafür verantwortlich gemacht. Nicht ein Lehrer hat eine Anzeige erstattet, wohl haben aber einige Lehrer die Flugblätter konfisziert. Das waren Lehrer christlicher Gesinnung. Wir haben im Fortbildungsschulrat verlangt, dass eine Überprüfungscommission eingesetzt werde, die den ganzen Bücherstand der Bibliothek zu überprüfen und alle Bücher, die den Gesetzen des Anstandes und der Moral widersprechen, aus der Bibliothek zu entfernen hat. Bis heute aber ist noch nichts geschehen. Auf dem Gebiete der körperlichen Erziehung geschieht auch so manches, was lieber unterbleiben sollte. Die Mädchen müssen halbnackt herumspringen und fangen ^{sich} schon an, deswegen zu schämen. Zusammenfassend schliesst Abg. Rummelhardt seine Rede mit der Feststellung, dass die Sozialdemokraten auf dem Gebiete des Fortbildungsschulwesens nichts gehalten haben, was sie seinerzeit versprochen haben. Er verlangt eine Reform der gewerblichen Fachschulen, die sich auf die notwendigsten Bedürfnisse der Gewerbe stützen muss. Mit der Erziehung der Lehrlinge und Lehrmädchen zu parteipolitischen Zwecken müsse Schluss gemacht werden. Es darf nicht mehr Sünde auf Sünde gehäuft ^{werden}, sondern es muss endlich daran gegangen werden, die Fortbildungsschüler zu aufrechten, ehrlichen, fleissigen und tüchtigen Menschen zu erziehen. (Beifall bei der Minderheit).

Abg. Panosch (E.L.) fordert ebenfalls dass das Fortbildungsschulgesetz endlich geändert werden möge. Insbesondere vertritt er die alte Forderung der Gewerbetreibenden die die grössten Opfer für das Fortbildungsschulwesen zu bringen haben, nach einer entsprechenden Vertretung im gewerblichen Fortbildungsschulrat. Er schildert sodann eingehend die Entwicklung des Wiener Fortbildungsschulwesens und verweist darauf, dass die Sozialdemokratie es nicht nötig hatte, an den Fortbildungsschulen irgend eine Schulreform vorzunehmen, da seinerzeit schon von den Gewerbetreibenden selbst eine sehr grundsätzliche Schulreform im Sinne der Verfachlichung des Unterrichtes durchgeführt worden ist. Der Redner wendet sich sodann gegen die parteimässige Einstellung der sogenannten Jugendführer in den Fortbildungsschulen und erhebt Beschwörungen über die Zurücksetzung tüchtiger Schulkräfte aus politischen Gründen. Man hat seinerzeit sich für die Verlegung des Unterrichtes an den gewerblichen Fortbildungsschulen von den Abendstunden in die Nachmittagstunden sehr eingesetzt, heute ^{werden} aber im Fortbildungsschulgebäude bis in den späten Abend hinein eine Reihe von parteimässigen Kursen abgehalten. Der Redner fordert sodann, dass in dem neuen Fortbildungsschulgesetz auch die Pflichten der Lehrlinge festgesetzt werden, dass eine Aenderung in der Dotationsart des Bau- und Einrichtungsfonds stattfindet, der in zu kurzer Zeit zu hohe Beträge ansammelt und verlangt eine Herabsetzung der Umlagen der Gewerbetreibenden. Schliesslich nimmt er in nachdrücklicher Weise Stellung gegen die Propaganda, die für das Kleine Blatt bei den Lehrlingen betrieben wird und erklärt sich bereit, dem Berichterstatter eine bestimmte Klasse in einer Schneiderschule namhaft zu machen, in der das Kleine Blatt mit dem Artikel über die Verhütungsmethoden vor dem Lehrer an die Schüler verteilt wurde. (Lobhafter Beifall bei der El.)

Abg. Eunschak (E.L.) stellt fest, dass die allgemeinen Verwaltungsauslagen für das Fortbildungsschulwesen von 1927 auf 1929 eine Steigerung um nicht weniger als 76 Prozent erfahren haben. Hört! Hört bei der E.L.) Dem steht nicht ein erweiterter Aufgabenkreis sondern ein Rückgang an Leistungen gegenüber, wie er sich aus dem bedauerlichen Rückgang an Schülern ergibt. Dieser Widerspruch scheint nun so zu erklären zu sein, dass sich der Zweck des gewerblichen Fortbildungsschulrates verschoben hat, dass er von einer Bildungsanstalt zu einer Versorgungsanstalt geworden ist. Auch sonst ist die finanzielle Gebarung des gewerblichen Fortbildungsschulrates in ihren Grundsätzen anzugreifen. Die Hauptlast liegt auf den Schultern der Gewerbetreibenden während die Gemeinde verhältnismässig wenig Leistungen auf sich nimmt

ja zu ihren Gunsten ein Plus an Umlagen inkameriert und dadurch ihre Beiträge wesentlich herabsetzt, wie dies im Jahre 1927 geschehen ist. Für das Jahr 1929 werden von den Gewerbetreibenden um rund 19 Prozent mehr an Beiträgen gefordert als im Jahre 1928. Ganz im Gegensatz dazu übernimmt die Stadt München die ganzen Kosten des Fortbildungsschulwesens auf ihr Budget und es gibt dort keinerlei Beitrag der Gewerbetreibenden für diese Zwecke. In der finanziellen Gebarung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens muss endlich der Bequemlichkeitsstandpunkt aufgegeben werden, dass man sich darauf beschränkt den Gewerbetreibenden einfach Vorschriften zu machen, man muss vielmehr versuchen die Gemeinde selbst in einem den Aufgaben und Verpflichtungen der Gemeinde entsprechenden Umfang zu den Lasten des gewerblichen Fortbildungsschulwesens heranzuziehen. Der Wiener Gewerbestand ist einer der tragenden Pfeiler der Gemeinwirtschaft und es ist Pflicht der Gemeinde dahin zu wirken, dass dieser Pfeiler nicht in den Zustand der Betonpfeiler auf den Heiligenstädterbauten gelangt. (Beifall bei der E.L.) Wien ist in erhöhtem Masse eine Fremdenverkehrsstadt geworden, in Wien hat das Kunstgewerbe und überhaupt die Leistung des Gewerbestandes eine erhöhte Bedeutung gewonnen und es muss von allen Seiten, auch von der Gemeinde alles aufgeboten werden, um den Ruf der Gemeinde Wien als einer Kunstgewerbestadt zu erhalten. Für den Gewerbestand besteht nur die Zahlungspflicht, nicht aber das Recht und die Möglichkeit, an der Verwaltung und Kontrolle des gewerblichen Fortbildungsschulwesens mitzuwirken. Im Gegensatz hierzu räumt die Gemeinde München, die die ganzen Kosten des gewerblichen Fortbildungsschulwesens trägt, den bestimmenden Einfluss auf das Fortbildungsschulwesen den Fachleuten und den Interessenten, darunter auch dem Gewerbestand ein. Um der Majorität bei uns den genügenden Einfluss im Fortbildungsschulrat zu sichern, wurde diese Körperschaft zu einer Mamutkörperschaft gemacht in der sachliche Arbeit nicht geleistet werden kann. Sie ist lediglich eine für die Mehrheit sehr gut funktionierende Abstimmungsmaschine. Unter den 42 Mitgliedern des Fortbildungsschulrates sind den Handelskammernvertreter eingeschlossen lediglich acht Vertreter des Gewerbestandes (Hört! Hört bei der E.L.) Unter solchen Umständen ist die sogenannte Mitwirkung des Gewerbestandes an dem Fortbildungsschulwesen eine Komödie. Es wäre höchst wünschenswert, wenn nun endlich einmal das Gesetz über die Aenderung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens vorgelegt werden würde. Es ist ja das auch schon zugestanden worden, aber das Versprechen wurde bis heute nicht eingelöst. Mit den Bildungs- und Erziehungserfolgen an den Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen kann niemand, selbst nicht einmal der Amtsdirektor Täubler, zufrieden

sein. Die Erfolge stehen in keinem Verhältnis zum Aufwand. Im Wiener Fortbildungsschulwesen haben sich schon geradezu anarchische Zustände eingeschlichen. Es gibt einfach keine Autorität mehr und der Kampf der Organisationen gegen die Lehrer geht um die Anerkennung der Autorität der Lehrlinge. Das Schiff des Fortbildungsschulwesens steuert völlig führerlos dahin. Abg. Kunschak zieht sodann Vergleiche mit dem Münchener Fortbildungsschulwesen, das in seinem Unterrichtsplan auch die Haushälterische Ausbildung der Lehrmädchen aufgenommen hat. Diese wird mit viel Geschick durchgeführt und zeitigt grossartige Erfolge. Es besteht die ernste Sorge, dass das Wiener Fortbildungsschulwesen in seiner weiteren Entwicklung ein Fiasko erleiden wird, das in seinen Auswirkungen sowohl den Gewerbestand, als auch den gewerblichen Nachwuchs treffen wird. Die Anzeichen dafür mehren sich schon bedenklich, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass Meister keine Lehrlinge mehr aufnehmen wollen. Schliesslich verlangt Abg. Kunschak, das mit dem System der Mammutschulen gebrochen werden möge, da kleinere Schulgebäude viel vorteilhafter sind. Er erklärt, dass seine Fraktion unmöglich in der Lage ist, für den Voranschlag und Rechnungsabschluss zu stimmen. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort führt Abg. Täubler in Erwiderung auf die verschiedenen Vorwürfe aus, dass die Ursache des grossen Aufwandes in der umfangreichen Ausgestaltung der Lehrwerkstätten zu suchen ist. Hinsichtlich der Verteilung des Kleinen Blattes stellt er neuerlich fest, dass einige Exemplare ohne Duldung der Lehrerschaft in wenige Klassen gekommen sind. Auf den Vorwurf dass er in seiner Person den Obmannstellvertreter und Amtsdirektor zugleich vereine, erklärt der Referent, dass der seinerzeitige Amtsdirektor Rummelhardt viele Akte mit der Stampiglie des damaligen Obmannes Hess gezeichnet hat. (Abg. Rummelhardt: Das ist eine infame Lüge - Abg. Täubler : Ich kann es Ihnen beweisen - Präsident Dr. Danneberg: Ich rufe den Herrn Abg. Rummelhardt zur Ordnung.) Der Referent stellt sodann fest, dass der gegenwärtige Obmann des Fortbildungsschulrates Nationalrat Volkert ein vorbildlicher Obmann ist, der seine ganzen Dienste dem Fortbildungsschulwesen widmet. Bezüglich des beanstandeten Buches von Flaubets sagt Abg. Täubler, dass es seinerzeit nicht überprüft worden sei. Es wurde aber dann sofort zurückgezogen. (Beifall bei der Mehrheit).

Nach tatsächlichen Berichtigungen der Abg. Rummelhardt und Kunschak werden dann der Rechnungsabschluss und der Voranschlag genehmigt.

Schluss der Sitzung 19'45 Uhr.